

**Niederschrift über die öffentliche
Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses**

am Mittwoch, den 02.12.2020

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:00 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Deffner, Thomas

Ausschussmitglieder

Danielis, Walter

Eff, Hans Jürgen

Fabi, Markus

Görner, Andreas

Hillermeier, Joseph

Holzhäuer, Hans, Dr.

Hüttinger, Hannes

Kupser, Paul, Dr.

Meyer, Boris-André

Pollack, Kathrin

Vertretung für Herrn Martin Porzner

Rühl, Oliver

Sauerhöfer, Jochen

Schoen, Christian, Dr.

Vertretung für Herrn Richard Illig

Seiler, Friedmann

Schriftführerin

Beyreuther, Bettina

Referenten

Jakobs, Christian

Kilian, Sandra

Nießlein, Holger

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Beyer, Elke

fehlt entschuldigt

Illig, Richard
Porzner, Martin
Sauerhammer, Gerhard

fehlt unentschuldigt
fehlt entschuldigt
Vertretung für Frau Elke Beyer;
fehlt unentschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 2 Maßnahmen zur Sicherheit des städtischen Personals;
 Bewilligung überplanmäßiger Mittel im Deckungsring 025
- TOP 3 Gastschulbeiträge an auswärtige Schulträger;
 Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
- TOP 4 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen
 Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Anfragen/Bekanntgaben

1. Anträge der ÖDP und der BAP: Verbot bzw. Einschränkung des Feuerwerks an Silvester

Herr Nießlein nimmt Bezug auf die Anträge zum Böllerverbot. Die BAP habe eine Einschränkung des Feuerwerkes an Silvester beantragt bzw. möchte, dass feuerwerksfreie Zonen eingerichtet werden sollen: In der Innenstadt, etwa vom Stadtfriedhof im Süden bis zur Residenzstraße im Norden sowie im Umkreis von 500 Metern vom Tierheim am Haldenweg, von Reitvereinen und vom Raubtier- und Exotenasyll in Wallersdorf sowie in der Nähe von landwirtschaftlichen Betrieben mit Großvieh- oder Pferdehaltung. Die ÖDP hingegen strebe ein generelles Böllerverbot an. Herr Nießlein informiert über die Rechtslage. In der aktuellen Infektionsschutzverordnung würden Aussagen zu Silvester und zum Feuerwerk fehlen, auch gelte die Verordnung nur bis zum 20.12.2020. Das Sprengstoffgesetz würde nur ein Feuerwerk in unmittelbarer Nähe von Kindergärten, Kirchen, Pflegeheimen und brandgefährdeten Gebäuden verbieten. Eine Herleitung eines Feuerwerkverbotes für den Tierschutz sei hieraus nicht möglich.

Die Stadtverwaltung wolle aber von sich aus tätig werden und auch keinen Stadtratsbeschluss über das Böllerverbot, z. B. durch Erlass einer Verordnung, herbeiführen. Man strebe eine Allgemeinverfügung nach dem 20.12.2020 an, wenn die neue Infektionsschutzverordnung dann hierfür keine Regelungen treffen würde.

Herr Seiler erklärt sich mit diesem Lösungsvorschlag einverstanden, erbittet sich jedoch mehr Polizeipräsenz zu Silvester am Martin-Luther-Platz.

Herr Oberbürgermeister Deffner wolle auf den Leiter der Polizeiinspektion Ansbach, Herrn Mehringer, zugehen. Außerdem könne man mit der Einrichtung des städtischen Ordnungsdienstes ab nächstem Jahr sicherlich mehr Sicherheit und Kontrolle zu Silvester am Martin-Luther-Platz bieten.

Herr Hüttinger bittet noch um eingehendere Prüfung über die Möglichkeiten zur Einschränkungen von Feuerwerken. Die §§ 23 und 24 des Sprengstoffgesetzes, § 1 des Tierschutzgesetzes sowie das Immissionsschutzgesetz würden Lösungen bieten. Damit wäre eine Umsetzung wie in der Stadt München möglich. Der Deutsche Städtetag habe auf Anfrage der BAP viel Material zur Hand gegeben.

2. Anfrage der Offenen Linken zur Unterbringung von Obdachlosen

Herr Meyer möchte wissen, was die Stadt Ansbach für die Obdachlosen unternehme, aufgrund der Tatsache, dass Wärmestuben und andere Einrichtungen wegen der Vorgaben durch die Infektionsschutzverordnung geschlossen bleiben müssten. Er regt an, Hoteliers zu fragen, Zimmer für Obdachlose zur Verfügung zu stellen.

Herr Nießlein berichtet, dass die Obdachlosenunterkunft „Herberge zur Heimat“ bereits die Öffnungszeiten erweitert habe. Diese könne nur noch in der Zeit von 11 Uhr bis 15 Uhr nicht betreten werden. Diesen Zeitraum von vier Stunden habe bisher die Wärmestube aufgefangen, was derzeit aber aufgrund der hohen Hygieneanforderungen leider nicht möglich sei. Deshalb habe man zusammen mit der Diakonie bei anderen Trägern Räume angesehen, die eventuell tagsüber angemietet und den Obdachlosen angeboten werden könnten.

Weiterhin berichtet er von dem Projekt der Wohnungsnotfallhilfe in Ansbach, an der die Stadt mit der Diakonie beteiligt sei. Außerdem würden derzeit Wohnungen Am Haldenweg in Ansbach saniert. Die Anmietung von Wohnungen, die Wohnraum etwa für Familien nach Zwangsräumungen schaffen soll, wird vorbereitet. Sicherlich könne das alles noch ausgeweitet werden, Unterstützung von Privatpersonen sei sehr willkommen.

Abschließend findet Herr Nießlein noch Worte zu dem Vorfall am Bahnhof: Niemand müsse in Ansbach auf der Straße übernachten. Der am Bahnhof verstorbene Obdachlose habe mehrmals Hilfsangebote erhalten, jedoch stets abgelehnt.

TOP 2	Maßnahmen zur Sicherheit des städtischen Personals; Bewilligung überplanmäßiger Mittel im Deckungsring 025
--------------	---

Herr Jakobs trägt den Sachverhalt vor:

Im Deckungsring 025 seien unter dem Begriff „Sicherheit des städtischen Personals“ die zwei folgenden Haushaltsstellen zusammengefasst:

01.0800.6329	Arbeitssicherheit
01.0800.6587	Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit

Der Haushaltsansatz 2020 betrage 67.500 €.

Bei der HHSt. 0800.6329 seien bislang vorwiegend die Rechnungen für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung angewiesen worden. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie sei die Beschaffung von Gesichtsmasken für den dienstlichen Gebrauch hinzugekommen. Hierfür wären bislang ca. 40.000 € aufgewendet worden.

Bei der HHSt. 01.0800.6587 seien ausschließlich Rechnungen für den in den Verwaltungsgebäuden eingesetzten privaten Sicherheitsdienst angewiesen worden. Seit dem vorübergehenden Umzug des Bürgeramtes an den Karlsplatz sei dieser neben dem Verwaltungsgebäude Nürnberger Straße auch dort im Einsatz.

Insgesamt würden somit im Deckungsring 025 bis zum Jahresende voraussichtlich Mehrausgaben in Höhe von 50.050 € anfallen, die überplanmäßig bereitgestellt werden müssten. (Herr Jakobs weist auf den geänderten Betrag i. H. v. 50 € gegenüber der Sitzungsvorlage hin und erklärt, dass die Pandemie Mehrkosten von insgesamt 195.000 € verursacht habe.)

Die Deckung erfolge im Rahmen der Jahresrechnung.

Herr Danielis hat zwei Fragen: Wäre es möglich, den Gesamtbetrag aufgeschlüsselt darzustellen? Wie hat sich der Sicherheitsdienst bewährt?

Herr Jakobs erläutert, dass sich die Mehrkosten für den Sicherheitsdienst nach seiner Kenntnis auf ca. 30.000 € belaufen würden und der Restbetrag für Masken, Desinfektionsmittel und Spender. Die Materialien, die dieses Jahr beschafft worden seien, würden voraussichtlich auch den diesjährigen Bedarf abdecken. Zur Frage zum Sicherheitsdienst führt Herr Jakobs aus, dass sich dieser sehr gut bewährt habe, er sei eine massive Unterstützung im Bereich Bürgerservice, agiere serviceorientiert und bürgerfreundlich und würde den Beschäftigten ein gutes Sicherheitsgefühl vermitteln.

Herr Oberbürgermeister Deffner bestätigt diese Aussage zum Sicherheitsdienst. Allein die Anwesenheit würde zur Beruhigung beitragen.

Beschluss:

Im Deckungsring 025 (Sicherheit des städtischen Personals) werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 50.050 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Rahmen der Jahresrechnung.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3	Gastschulbeiträge an auswärtige Schulträger; Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
--------------	--

Herr Jakobs trägt den Sachverhalt wie folgt vor:

Im Deckungsring 030 seien die Haushaltsstellen zusammengefasst, von denen Gastschulbeiträge an auswärtige Schulträger bezahlt werden würden.

Der Haushaltsansatz 2020 betrage	1.534.000,00 €.
Bis Ende November seien bereits angewiesen	1.487.655,25 €
worden, so dass noch	46.344,75 €
zur Verfügung stehen.	

Aufgrund aktuell noch vorliegender Rechnungen würden zusätzlich 100.000,00 € benötigt werden.

Es handle sich um Rechnungen für berufliche Schulen, bei denen die umlegbaren Kosten jährlich schwanken würden, so dass die für ein Haushaltsjahr anfallenden Beiträge schwer kalkulierbar wären. Hier würden vor allem ursächlich die Abweichungen der prognostizierten Schülerzahlen von den tatsächlichen sein. Zur Zahlung sei man rechtlich verpflichtet.

Die Deckung erfolge im Rahmen der Jahresrechnung.

Beschluss:

Für die Erstattung von Gastschulbeiträgen werden bei der HHSt. 01.2401.6722 (Deckungsring 030) überplanmäßige Mittel in Höhe von 100.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt im Rahmen der Jahresrechnung.

Einstimmig beschlossen.

TOP 4	Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)
--------------	--

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 22.09.2020 wurde durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner
Oberbürgermeister

Bettina Beyreuther
Schriftführer/in